Stand: 15.12.2025 19:32:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13819

"Mittelschulen stärken - Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule ermöglichen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/13819 vom 25.10.2016
- 2. Plenarprotokoll Nr. 85 vom 26.10.2016
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/15297 des BI vom 02.02.2017
- 4. Beschluss des Plenums 17/15473 vom 14.02.2017
- 5. Plenarprotokoll Nr. 96 vom 14.02.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.10.2016 Drucksache 17/13819

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Susann Biedefeld und Fraktion (SPD)

Mittelschulen stärken – Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, entsprechende Voraussetzungen zu schaffen, dass sich die bayerischen Mittelschulen auf Antrag der Schulfamilie und des Sachaufwandsträgers zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln können, mit dem Ziel, alle Bildungsgänge und Abschlüsse unter einem Dach anzubieten, etwa notwendige gesetzliche Änderungen von der Staatsregierung vorzubereiten und dem Landtag zur Abstimmung vorzulegen.

Begründung:

Die jüngste Anhörung im Landtag zu dem Thema "Situation der Mittelschule in Bayern" hat u.a. deutlich gemacht, dass sich gerade in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil und Eltern aus bildungsferneren Schichten die Mittelschule immer stärker zu einem Lernort entwickelt, an dem eine positive Lernumgebung immer schwieriger wird. Gleichzeitig hält der Trend an, dass die Mittelschulverbünde keineswegs geeignet sind, kleinere Mittelschulstandorte im gewünschten Umfang (mindestens eine Klasse pro Jahrgang) aufrechtzuerhalten. Dazu kann auch festgestellt werden, dass der Abwärtstrend der Schülerzahlen nicht durch größere Nachfrage der Grundschuleltern gestoppt wurde, sondern durch die Beschulung von Jugendlichen mit Flucht- und Asylhintergrund, die in Bayern in der Sekundarstufe I fast ausschließlich Aufgabe der Mittelschulen ist.

Wer das gegliederte Schulsystem wirksam stützen will, muss ermöglichen, dass die Mittelschulen allen Schülerinnen und Schülern bedarfsgerechte Lernangebote machen können, die am Ende der Sekundarstufe I alle Abschlüsse und Anschlüsse beinhalten. Erfahrungen aus den anderen Bundesländern und eige-Erhebungen der Bayern-SPD-Landtagsfraktion zeigen, dass Eltern vor allem auch deshalb die Mittelschulen bei der Wahl des weiteren Schulangebots am Ende der vierten Grundschulklasse nicht in den Blick nehmen, weil es standardgemäß keine mittlere Reife in der Sprengelschule gibt. Nahezu alle Bundesländer sind deshalb den Weg gegangen, die ehemaligen Hauptschulen zu Schulen des längeren gemeinsamen Lernens, meist Gemeinschaftsschulen genannt, weiterzuentwickeln. Kennzeichen dieser Schulform ist, dass Lehrplaninhalte aus allen Bildungsgängen (Haupt-, Realschule und Gymnasium) unter einem Dach angeboten werden, die dann neben Mittelschulabschluss und Quali auch die Mittlere Reife und durch Kooperationen mit Schulen der Sekundarstufe II Anschlüsse sowohl in die duale Ausbildung, berufliche Oberschulen oder auch Oberstufen der Gymnasien ermöglichen. Auch unser Nachbarland Baden-Württemberg ist vor Jahren diesen Weg sehr erfolgreich gegangen, wie einer der Experten in der genannten Landtagsanhörung kundtat. Schon nach kurzer Zeit ist es an der beispielhaft vorgetragenen Gemeinschaftsschule gelungen, eine stabile Schülerschaft sicherzustellen, die sich in gleichem Verhältnis aus Empfehlungen für Haupt-, Realschulen und Gymnasien zusammensetzt. Damit wird auch erheblich dazu beigetragen, dass die Gesellschaft nicht weiter auseinanderdriftet.

Dass die Ermöglichung von Gemeinschaftsschulen auch Schulstandorte sichern hilft, führte der Experte aus Baden-Württemberg so aus: "Viele Standorte sind stark wachsend oder auf gutem Niveau stabil und in vielen Regionen ist mit der Einführung ein umfassendes schulisches Angebot gesichert."

geschäftsführer hat einen Anstellungsvertrag, ein Vizepräsident ist von einer Landesversammlung von Delegierten demokratisch gewählt. Sie können sich alle Ihren Reim darauf machen. Jedenfalls denke ich, dass es nicht die Absicht von Herrn Stärk war, mich irgendwie zu belehren, wie Sie das vorhin ausgedrückt haben, oder zu ermahnen. Das darf ich vielleicht auch in seinem Namen ausdrücklich zurückweisen. Das brauchen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Wengert. – Nun erteile ich für die Staatsregierung Staatsminister Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Jahren in mehreren Schritten kontinuierlich die Situation der weiteren Helfer im Katastrophenschutz verbessert und die Gleichstellung, also die sogenannte Helfergleichstellung, immer weiter verbessert, und zwar in einem Ausmaße, das es so noch nie gegeben hat und wie wir es auch in vielen anderen Ländern nicht finden.

Vom Verfahren her muss ich sagen, lieber Herr Kollege Rinderspacher: Wir haben über die letzten Jahre die Rechte der Opposition immer weiter ausgebaut. Die Opposition hat großen Wert darauf gelegt, dass sie vier Wochen Zeit von der Einreichung eines Gesetzentwurfs bis zur ersten Ausschussberatung eingeräumt bekommt, um sich auf die Beratung eines Gesetzentwurfs vorbereiten zu können. Ich finde es im Hinblick auf das Verfahren in diesem Hohen Haus einen merkwürdigen Vorgang, wenn Sie jetzt, nur weil es Ihnen gerade taktisch in den Kram passt, am Tag nach der Einreichung eines Gesetzentwurfs diesen zum Gegenstand eines Dringlichkeitsantrags machen. Ich nehme das für die Staatsregierung für die Zukunft zur Kenntnis, dass die SPD-Fraktion kein Problem damit hat, innerhalb von 24 Stunden über einen Gesetzentwurf, den die Staatsregierung eingebracht hat, im Plenum zu diskutieren. Wir werden uns das gerne bei Gelegenheit zunutze machen. Ich werde meine Position in zwei Wochen bei der Ersten Lesung vortragen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13811 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung

geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13824 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Zellmeier, Schreyer und anderer und Fraktion betreffend "Der Freistaat Bayern bekämpft entschlossen jede Form des Extremismus" auf Drucksache 17/13822 bekannt. Mit Ja haben gestimmt 93. Mit Nein haben gestimmt 46. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/13812 bis 17/13814, 17/13816, 17/13818 und 17/13819 sowie auf den Drucksachen 17/13825 bis 17/13828 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Schlussbericht

des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens bayerischer Polizei- und Justizbehörden einschließlich der zuständigen Staatsministerien, der Staatskanzlei und der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger im Zusammenhang mit dem Labor Schottdorf und der beim Bayerischen Landeskriminalamt eingerichteten Sonderkommission "Labor" und weiterer Vorkommnisse im Zusammenhang mit Ermittlungsverfahren gegen Dr. B. S. und andere Beschuldigte und auf entsprechende Anzeigen des Dr. B. S. und anderer Personen sowie bei der Rechtsaufsicht über die Beachtung der Vorschriften der Gebührenordnung für Ärzte und bei der gegebenenfalls notwendigen Korrektur der Rahmenbedingungen im selbstverwalteten Gesundheitssystem bei der Abrechnung von

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/15297 02.02.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. und Fraktion (SPD) Drs. 17/13819

Mittelschulen stärken - Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule ermöglichen

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Margit Wild**

Mitberichterstatterin: Dr. Ute Eiling-Hütig

II. Bericht:

- 1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 56. Sitzung am 24. November 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 139. Sitzung am 2. Februar 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Ablehnung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Martin Güll

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

14.02.2017 Drucksache 17/15473

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Susann Biedefeld und Fraktion (SPD)

Drs. 17/13819, 17/15297

Mittelschulen stärken – Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule ermöglichen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

_		
-	bedeuten	•
டல	Denenien	

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen; COM (2016) 377 final

BR-Drs. 380/16

Drs. 17/13384, 17/15322 (E) [X]

Gemäß §§ 149 Abs. 2 und 126 Abs. 3 S. 2 BayLTGeschO: Abweichendes Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Gelebte Tradition: Bayerischen Amateurtheaterverband nachhaltig unterstützen Drs. 17/10868, 17/15268 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

3.	Antrag der Abgeordne Gudrun Brendel-Fisch Bayerisches Amateurt Drs. 17/13189, 17/152	er u.a. CSU heater stärken 69 (E)	rtz, Oliver Jörg,	
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z	
4.	Antrag der Abgeordne Georg Rosenthal u.a. Alle bayerischen Amat Drs. 17/14078, 17/152	SPD eurtheater fördern!	Martina Fehlner,	
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		Z	Z
5.	Antrag der Abgeordne Dr. Hans Jürgen Fahn Anliegen der Deutsche Beziehungen berücksi Drs. 17/11717, 17/153	u.a. und Fraktion (FR en aus Russland in del chtigen: Einsatz für eir	EIE WÄHLER) n bayerisch-russischer	
	Votum des federführer Arbeit und Soziales, Ju		egration	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		ENTH		Z
6.	Antrag der Abgeordne und Fraktion (FREIE V Metropolregion ernst n Drs. 17/12419, 17/150	VÄHLER) ehmen – Ein Staatsth		Häusler u.a.
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun Die CSU-Fraktion hat	st	"Ablehnung" zugrunde	zu legen.
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z

7.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD) Bestandsgarantie und weiterer Ausbau in der Asylsozialberatung Drs. 17/12619, 17/15314 (A)			
	Votum des federführer Arbeit und Soziales, Ju		egration	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
8.	Antrag der Abgeordne Katharina Schulze u.a. Sicherheitswacht abso Drs. 17/13078, 17/151	. und Fraktion (BÜND) haffen		
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		Sport	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	ENTH	A	Z
9.	Antrag der Abgeordne Gudrun Brendel-Fische Gewinnermittlung nach land- und forstwirtscha Drs. 17/13223, 17/152	er u.a. CSU n Durchschnittssätzen ıftliche Betriebe weiter	für kleine	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		ENTH		Z
10.	Antrag der Abgeordne Klaus Adelt u.a. SPD Gebühren bei Falscha Drs. 17/13501, 17/152	larmeinsatz abschaffe		engert,
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		Sport	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z

zur 96. Vollsitzung am 14. Februar 2017

11.	Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias,
	Martina Fehlner u.a. SPD
	Situation der Kindertheater in Bayern
	Drs. 17/13564, 17/15025 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Atomkonzerne nicht aus der finanziellen und moralischen Verantwortung für den Atommüll entlassen Drs. 17/13693, 17/15265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Z

13. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU

Kommunale Innen- und Außenbeleuchtung gegen energieeffiziente Alternativen austauschen

Drs. 17/13790, 17/15039 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

14.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Auftragsvergabe für den 2. S-Bahn-Tunnel in München vor erneuter Berechnung der Wirtschaftlichkeit Drs. 17/13813, 17/15304 (A)			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	ENTH	Z
15.	Dringlichkeitsantrag de Kathi Petersen u.a. un Mittelschulen stärken - Drs. 17/13819, 17/152	d Fraktion (SPD) - Weiterentwicklung zu		
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	
16.	Dringlichkeitsantrag de Günther Felbinger u.a. Mittelschule stärken – und beruflichen Ansch Drs. 17/13828, 17/152	und Fraktion (FREIE Fokus auf Berufsorien luss richten!	WÄHLER)	treibl,
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			ENTH
17.	Antrag der Abgeordne Klaus Adelt u.a. SPD Einsatz von Videokonf Verfahren verstärken Drs. 17/13878, 17/152	erenztechnik in gerich		
	Votum des federführer Verfassung, Recht und			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z

18.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Nachberatung anerkannter Flüchtlinge ermöglichen – Änderung der Förderrichtlinie für die Asylsozialberatung
	Drs. 17/13884, 17/15315 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Michaela Kaniber u.a. CSU Bayerisches Sonderprogramm Landwirtschaft (BaySL) für kleinstrukturierte Milchviehbetriebe erweitern Drs. 17/13893, 17/15288 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Thorsten Schwab, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Rückgang der staatlichen Betriebsleitung und -ausführung im Kommunalwald verträglich gestalten Drs. 17/14047, 17/15289 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	Α

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Dezentralen Hochwasserschutz stärken Drs. 17/14110, 17/15266 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verfahren der Lehrereinstellung und des Versetzungsverfahrens
transparent gestalten – jungen Lehrkräften Planungssicherheit geben!
Drs. 17/14155, 17/15153 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	Z	Z

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Steuerliche Absetzbarkeit von energetischen Gebäudesanierungen endlich beschließen
 Drs. 17/14189, 17/15294 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schwachstellen beim Digitalfunk beseitigen Drs. 17/14192, 17/15272 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	团	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU Investitionsförderprogramme weiterentwickeln Drs. 17/14425, 17/15290 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

zur 96. Vollsitzung am 14. Februar 2017

 Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer, Joachim Unterländer u.a. CSU Gemeinschaftsverpflegung Drs. 17/14457, 17/15291 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer u.a. CSU Position der Deutschen aus Russland durch ein Sozialversicherungsabkommen jetzt stärken! Drs. 17/14467, 17/15323 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z